

Geschäftsbereich des Finanzministeriums

22 Abgeordnete
Angela Freimuth FDP

Wird die rot-grüne Landesregierung die Steuer für Hauskäufer erhöhen?

Im Internet-Portal „DerWesten“ wurde am 14. Januar 2011 darüber berichtet, dass die Grünen im Landtag von Nordrhein-Westfalen planen, die Grunderwerbsteuer zu erhöhen, um dadurch den Haushalt zu sanieren. In der Diskussion ist eine Erhöhung der Steuer von jetzt 3,5 auf 5 Prozent. Dies würde die Belastung der Käufer von Immobilien und Grundstücken um fast 50 Prozent in die Höhe treiben. Die Steuererhöhung wäre eine massive Kostenbelastung für Hauskäufer. Gerade für junge Familien wäre der Traum von Eigenheim dann ausgeträumt.

Kann die rot-grüne Landesregierung definitiv ausschließen, dass die Grunderwerbsteuer in Nordrhein-Westfalen erhöht wird?

Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales

23 Abgeordneter
Bernhard Schemmer CDU

Auch wenn sie anders redet: Frau Kraft spart besonders bei den Schülern.

Angeblich sei ihr Bildung wichtig, so heißt es in der Bildzeitung vom 12.1.2011. „Wir werden im Haushaltsjahr 2011 mehr als eine Milliarde Euro in Vorbeugung und Bildung investieren.“ Wieder mal hat Frau Kraft glatt die Unwahrheit gesagt, wie sich aus nachfolgendem Sachverhalt ergibt.

Dabei werden nicht nur keine neuen Lehrer eingestellt, sondern bei der Unterhaltung und Bewirtschaftung der Schulen wird im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes von der rot-rot-grünen Landesregierung bei den Städten und Gemeinden extrem gekürzt.

Nach dem GfG 2010 hätte zum Beispiel die Stadt Coesfeld für 5.339 Schüler – die führen wegen der jeweiligen Schulform zu 5.607 „Normalschüler“ – erhalten:

$5.607 \text{ „Normalschüler“} \times 0,92 \times 804,84 \text{ Euro} = 4.151.925,19 \text{ Euro}$

Dieses ergibt sich am Folgenden: der „Normalschüler“ (im weiteren Schüler genannt) erhält einen Multiplikator von 0,92 und ist dann mit dem Grundbetrag des GfG 2010 von

804,84 Euro zu multiplizieren.

Durch die Erhöhung des Soziallastenansatzes von Faktor 3,9 auf Faktor 9,6 wurden Millionen von neuen Einwohnerwerten „erfunden“. Gleichzeitig wurde der Multiplikator von 0,92 auf 0,88 reduziert.

Insbesondere durch diese Änderungen im GfG reduziert sich der Grundbetrag von 804,84 Euro auf 657,22 Euro.

Für ihre Schüler hat nunmehr die Stadt Coesfeld einen Finanzbedarf von $5.607 \text{ Schüler} \times 0,88 \times 657,22 \text{ Euro} = 3.242.828,64 \text{ Euro}$.

Also 909.096,55 Euro weniger.

Damit erhalten alle Städte und Gemeinden in NRW für ihre Schüler 21,88 Prozent weniger bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen.

Für Frau Kraft sind die Schüler im Lande ein erhebliches Sparpotential.

Rund 1,5 Millionen Schüler in den nicht abundanten Städten und Gemeinden erhalten somit einen „Wenigerbedarf“ bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen:

$1,5 \text{ Mio. Schüler} \times (0,92 \times 804,84 \text{ Euro} - 0,88 \times 657,22 \text{ Euro}) = \text{rund } 250 \text{ Millionen Euro weniger}$.

Warum verspricht Frau Kraft u.a. für Bildung 1 Mrd. Euro mehr für NRW, wenn gleichzeitig die Kommunen im Land rd. 250 Mio. Euro weniger beim Schüleransatz im GfG 2011 erhalten und damit real gekürzt wird?